

Offener Brief an Malu Dreyer

Bürgermeister und Landrat des Kreises Bad Dürkheim reklamieren Änderungen wegen finanzieller Situation der Kommunen

KREIS DÜW. Ihrem Frust über die finanzielle Ausstattung der Kommunen und über die immer größer werdenden Aufgaben, die sie erfüllen müssen, haben jetzt alle Bürgermeister sowie der Landrat des Landkreises Bad Dürkheim in einem gemeinsamen offenen Brief an Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) Luft gemacht.

Landrat Hans-Ulrich Ihlenfeld (CDU) und alle Bürgermeister des Landkreises Bad Dürkheim haben einen offenen Brief des Landrats an die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) unterzeichnet. Das hat die Kreisverwaltung am Donnerstag mitgeteilt.

Der Tenor des Briefs: Es muss etwas passieren, um der „desaströsen finan-

ziellen Situation des Landkreises und eines Großteils seiner Kommunen“ entgegenzuwirken. Diese Situation werde „von rechtlichen Standards, die von Bund und Land gesetzt werden, verursacht“.

Kritik üben die Unterzeichner an der Missachtung des Konnexitätsprinzips, das „ausgehöhlt, nicht angewandt oder im schlimmsten Fall ignoriert“ werde. Das Konnexitätsprinzip bedeutet: Wer bestellt, der bezahlt. Es soll eigentlich sicherstellen, dass keine kostenintensiven Aufgaben vom Land auf die kommunale Ebene übertragen werden, ohne dass die Kommunen für diese Mehrbelastung vom Land einen entsprechenden Ausgleich erhalten.

In dem Schreiben wenden sich die Kommunalpolitiker auch gegen die

immer wieder angemahnten „größtmöglichen Kraftanstrengungen“ zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte, obwohl der Handlungsspielraum nahezu aller Kommunen bereits stark eingeschränkt sei.

Der Haushalt des Landkreises, in dem für das Jahr 2024 ein Defizit von 22 Millionen Euro stehe, setze sich zu 99 Prozent aus Pflichtaufgaben zusammen, bei denen kaum eine Verbesserung der Ausgaben möglich sei. „Ein vernachlässigbarer Anteil von unter einem Prozent an freiwilligen Leistungen erfüllt nicht die Voraussetzungen für den Kreis und seine Kommunen zur verfassungsrechtlich garantierten „Selbstverwaltung“, heißt es daher in dem Brief.

Auch bei den Ortsgemeinden gebe es aufgrund der Umlagebelastung –

die Kreisumlage wurde um zwei Prozentpunkte erhöht – keine Spielräume mehr. Die mangelnde Gegenfinanzierung bei Gesetzesänderungen wie im Wohngeldrecht oder im Kita-Gesetz sind nur einige Beispiele von vielen, „die sich zu einer nicht mehr darstellbaren Belastung der kommunalen Familie summieren“.

Gefordert wird, den kommunalen Finanzausgleich schnellstmöglich zu überarbeiten. Es sei „zwingend notwendig“, dass für zusätzliche Aufgaben und weiter gewachsene finanzielle Anforderungen Mittel eingeplant werden. Klar formuliert ist auch der Appell, „gesetzlich geschaffene Standards wieder auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen und in diesem Zusammenhang die Konnexitätsfrage zu klären“. Die in der Landesverfas-

sung verankerte Selbstverwaltungsgarantie der Kommunen müsse zwingend von der Landesregierung erfüllt werden, fordern die Unterzeichner.

„Wir haben dieses Schreiben auch deshalb verfasst, weil wir das Gefühl haben, dass die Landesregierung unsere Probleme ignoriert und kleinredet“, erklärt Ihlenfeld. Natürlich habe ein solcher Brief auch eine politische Dimension, allerdings sei es gerade deshalb auch so wichtig, dass die kommunale Familie einig hinter dem Brief stehe, wie Ihlenfeld betont. „Es ist bemerkenswert, dass alle Orts-, Verbands- und Stadtbürgermeisterinnen und -bürgermeister über Parteigrenzen hinweg unterzeichnet haben und damit klar signalisieren: So kann es für uns nicht weitergehen“, so der Landrat abschließend. |ed